

| 1955      | Ausgegeben zu Bonn am 30. September 1955                                                                                                    | Nr. 34 |
|-----------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| Tag       | Inhalt:                                                                                                                                     | Seite  |
| 30. 9. 55 | Verordnung zur Durchführung der umsatzsteuerrechtlichen Bestimmungen des am 15. Oktober 1954 abgeschlossenen Offshore-Steuerabkommens ..... | 649    |

In Teil II Nr. 22, ausgegeben am 29. September 1955, sind veröffentlicht: Verordnung über die Seelotsreviere, ihre Grenzen und die Lotsensignale (Allgemeine Lotsordnung und Lotsensignalordnung). — Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Internationalen Fernmeldevertrages Buenos Aires 1952 für die Bundesrepublik Deutschland. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Schiffssicherheitsvertrages London 1948. — Bekanntmachung über die Wiederanwendung des Übereinkommens über die Sklaverei im Verhältnis zu Ägypten. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens vom 1. Juli 1953 über die Errichtung einer Europäischen Organisation für kernphysikalische Forschung. — Bekanntmachung zu dem Kulturabkommen vom 23. Oktober 1954 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen. — Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich vom 4. Oktober 1954 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Erbschaftsteuern. — Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich vom 4. Oktober 1954 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Beitritt Syriens). — Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Welturheberrechtsabkommens vom 6. September 1952 für die Bundesrepublik Deutschland.

### Verordnung zur Durchführung der umsatzsteuerrechtlichen Bestimmungen des am 15. Oktober 1954 abgeschlossenen Offshore-Steuerabkommens.

Vom 30. September 1955.

Auf Grund des Artikels 3 § 1 des Gesetzes vom 19. August 1955 betreffend das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 15. Oktober 1954 über die von der Bundesrepublik zu gewährenden Abgabenvergünstigungen für die von den Vereinigten Staaten im Interesse der gemeinsamen Verteidigung geleisteten Ausgaben — Offshore-Steuergesetz — (Bundesgesetzbl. II S. 821) verordnet die Bundesregierung:

#### § 1

Der Umfang der nach Artikel III Nr. 1 Buchstaben b und c des Abkommens vorgesehenen Umsatzsteuervergütungen und das Vergütungsverfahren bestimmen sich nach §§ 70 bis 80 der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz (UStDB) in der jeweils geltenden Fassung, soweit nicht in den §§ 2 bis 7 dieser Verordnung etwas anderes bestimmt ist.

#### Zu §§ 70, 77 UStDB

#### § 2

(1) An die Stelle der in § 70 Abs. 1 Ziff. 1 bis 3, § 77 Abs. 1 Ziff. 1 bis 3 UStDB genannten vergütungsfähigen Vorgänge treten folgende Vorgänge:

1. Lieferungen einschließlich Werklieferungen im Inland an Dienststellen der Vereinigten Staaten und an Dienststellen anderer von den Vereinigten Staaten bezeichneter Regierungen,

2. Ausfuhrlieferungen im Sinne des § 23 UStDB an die in Ziffer 1 genannten Dienststellen.

(2) Die Umsatzsteuer wird nur vergütet, wenn neben den in § 70 Abs. 2 und 3 UStDB für die Gewährung von Ausfuhrhändlervergütung und in § 77 Abs. 2 UStDB für die Gewährung von Ausfuhrvergütung geforderten Voraussetzungen die weitere Voraussetzung vorliegt, daß die Vereinnahmung des Entgelts für den gelieferten Gegenstand in den im Anhang zu dem Abkommen unter Nummer 2 bezeichneten Zahlungsmitteln durch Vorlage eines Abwicklungsscheins (Anlage) nachgewiesen wird.

(3) § 7 Abs. 2 Nr. 2 und 3 des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr (Ausfuhrförderungsgesetz) in der Fassung vom 18. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1379) ist anzuwenden.

#### Zu §§ 73, 78 UStDB

#### § 3

(1) Bei Lieferungen im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 kommt eine Berichtigung des vereinnahmten Entgelts nicht in Betracht.

(2) Abweichend von § 73 Abs. 2 UStDB kann für Lieferungen im Sinne des § 2 Abs. 1 Vergütung der Umsatzsteuer nur nach vereinnahmten Entgelten beantragt werden.

## Zu § 74 UStDB

## § 4

(1) Bei Lieferungen im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 tritt für die Berechnung der Umsatzsteuervergütung (§ 74 Abs. 1 Ziff. 1 UStDB) an die Stelle des Entgelts frei deutsche Zollgrenze das unberichtigte vereinbarte Entgelt.

(2) § 74 Abs. 3 Satz 2 UStDB findet keine Anwendung.

## Zu §§ 75, 80 UStDB

## § 5

Bei Lieferungen im Sinne des § 2 Abs. 1 ist der Antrag binnen einer Ausschußfrist von sechs Monaten nach Schluß jedes Kalendervierteljahres zu stellen

1. für die im abgelaufenen Kalendervierteljahr vereinnahmten Entgelte, wenn die Entgelte nach den bewirkten Lieferungen vereinnahmt worden sind,
2. für die im abgelaufenen Kalendervierteljahr bewirkten Lieferungen, wenn die Entgelte vor den bewirkten Lieferungen vereinnahmt worden sind.

## Zu § 79 UStDB

## § 6

Abweichend von § 79 Abs. 3 UStDB wird für die Lieferung von nicht in der Vergütungsliste (Anlage 3 c zu § 79 UStDB) genannten Bauwerken im Sinne der Nummer 4 Absatz 4 des Anhangs zum Abkommen Umsatzsteuervergütung zum höchsten Vergütungssatz gewährt.

## Zeitlicher Geltungsbereich

## § 7

Die Bestimmungen in §§ 1 bis 6 sind auf Lieferungen anzuwenden, die nach Inkrafttreten des Abkommens bewirkt worden sind.

## § 8

(1) Die Bestimmungen in §§ 1 bis 6 finden auf Lieferungen vor Inkrafttreten des Abkommens Anwendung, wenn die Voraussetzungen in Artikel IX des Abkommens nachweislich erfüllt sind.

(2) Die Vereinnahmung des Entgelts für solche Lieferungen in den im Anhang zu dem Abkommen unter Nummer 2 bezeichneten Zahlungsmitteln kann abweichend von § 2 Abs. 2 auch in anderer Weise nachgewiesen werden, wenn ein Abwicklungsschein nicht erteilt worden ist.

(3) Anträge auf Vergütung für solche Lieferungen können abweichend von § 5 innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung gestellt werden.

## Anwendung im Land Berlin

## § 9

Diese Rechtsverordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 4 des Offshore-Steuergesetzes auch im Land Berlin.

## Inkrafttreten

## § 10

Diese Rechtsverordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 30. September 1955.

Der Bundeskanzler  
Adenauer

Der Bundesminister der Finanzen  
Schäffer

(Siehe Anmerkung am  
Schluß des Musters)

5) Preis ausschließlich der Steuern und Zölle, von denen Befreiung gewährt wird, und abzüglich der Beträge, die vergütet werden.  
Price excluding taxes and customs duties for which relief is granted and deducting refunds to be made.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen, Teil I und Teil II.

Laufender Bezug nur durch die Post. Bezugspreis: vierteljährlich für Teil I = DM 4,—, für Teil II = DM 3,— (zuzüglich Zustellgebühr). Einzelstücke je angefangene 24 Seiten DM 0,40 (zuzüglich Versandgebühren) — Zusendung einzelner Stücke per Streifband gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesanzeiger-Verlags-GmbH.-Bundesgesetzblatt“ Köln 399.

Preis dieser Ausgabe DM 0,40 zuzüglich Versandgebühren.

Preis dieser Ausgabe DM 0,40 zuzüglich Versandgebühren.